

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent.

lebensnah.

vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 04. Kalenderwoche 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 27. Januar wurde in der Gedenkveranstaltung anlässlich der Auschwitz-Befreiung im Deutschen Bundestag an die Verantwortung Deutschlands für den Holocaust erinnert. Erstmals sprach mit Zoni Weisz ein Vertreter der Sinti und Roma im Deutschen Bundestag. Zoni Weisz, ein niederländischer Sinto, der im Vernichtungslager Auschwitz und im Arbeitslager Mittelbau-Dora seine gesamte Familie verlor, erinnerte in seiner bewegenden und mahnenden Rede an die Ermordung von einer halben Million Sinti und Roma und beklagte, dass dieser „vergessene Holocaust“ lange außerhalb des öffentlichen Bewusstseins geblieben sei. Er forderte eindringlich mehr Rechte für seine Volksgruppe: „Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute - im 21. Jahrhundert - immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine Zukunft beraubt wird“. Es sei unabdingbar, die Diskriminierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung von Roma und Sinti auch in der Europäischen Union stärker auf die politische Agenda zu holen.

Der Deutsche Bundestag hat am 28. Januar in namentlicher Abstimmung über die Fortführung des Einsatzes der Deutschen Bundeswehr in Afghanistan entschieden. Ich selber habe mit Enthaltung gestimmt und mein Stimmverhalten auch in einer persönlichen Erklärung begründet.

Ebenfalls in namentlicher Abstimmung hat der Deutsche Bundestag den ehemaligen Bürgerrechtler Roland Jahn zum neuen Beauftragten für die Stasi-Unterlagen gewählt. Ich gratuliere.

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Spaß bei der Lektüre und hoffe, einige von Ihnen/von Euch bei den vielen öffentlichen Veranstaltungen zu sehen, die ich mit meinem Team für das Jahr plane.

Ihre/Deine

Mechthild Rawert

Inhalt:

■ Gesundheitspolitik	
Heiße Luft statt Potenziale im Berufsfeld Pflege	2
SPD fordert paritätische Finanzierung in der GKV	2
■ Arbeitsmarktpolitik	
Verhandlungsrunde zur Neugestaltung von Hartz IV	3
Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche	3
Arbeitnehmerfreizügigkeit stärken	3
■ Aus dem Bundestag	
Fehlleistungen zu Guttenbergs	4
Chaotisierung der Bundeswehrreform	4
Entschädigungsleistungen für Opfer des Nationalsozialismus	4
■ Außenpolitik	
Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr	5
Strategie für die zivile Krisenprävention	6
■ Aus Berlin	
Gedenkfeier für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen	6
Pro Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz – Kontra Rassismus und Ausgrenzung	6
Gedenkveranstaltung für Johannes Rau	7
Klausurtagung der Berliner SPD-Fraktion	7
■ Terminhinweise	
Februar 2011	8

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 2

■ Gesundheitspolitik

Heiße Luft statt Potenziale im Berufsfeld Pflege



Als zuständige Berichterstatteerin der Arbeitsgruppe Gesundheit begrüße ich die Einsicht von Bundesfamilienministerin Schröder in ihrer gemeinsamen Erklärung mit dem Deutschen Pflegerat e.V., dass dem Fachkräftemangel im Pflegesektor

vorgebeugt werden muss und das Ausbildungssystem zu den Berufen Altenpflege, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu reformieren ist.

In der Bundesregierung war diese Erkenntnis vor nicht einmal einem Jahr allerdings nicht vorhanden. In ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage zur Ausgestaltung der Pflegeberufe und Weiterentwicklung der Pflegeausbildungen vom Juni 2010 (Drs. 17/2051) war für die Bundesregierung noch kein akuter Fachkräftemangel erkennbar. Zu diesem Zeitpunkt wurde beschlossen, das dritte Umschulungsjahr für einen Pflegeberuf nicht mehr durch die Bundesagentur für Arbeit finanzieren zu lassen.

Ich begrüße es dennoch, dass die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die gegenwärtige Finanzierung der Pflegeausbildungen verändern möchte. Damit spricht sie die Krux der Umbildung an. Der Halbsatz, in dem sie dies ankündigt, wird dem allerdings nicht gerecht. Eine generalisierte Ausbildung wird große Veränderungen in der Finanzierung nach sich ziehen. Betroffen sind die Träger, die Krankenhäuser und die Gesetzliche Pflegeversicherung. Konkrete Pläne zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft von Trägern wie Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern für die Umgestaltung legen aber weder Frau Schröder noch Bundesgesundheitsminister Rösler vor.

Auch konkrete Vorschläge zur nachhaltigen Finanzierung des Pflegesystems bleibt der Bundesgesundheitsminister weiter schuldig.

Dem Wunsch, die beruflichen Rahmenbedingungen für Pflegekräfte verändern zu wollen, stimmt die SPD-Bundestagsfraktion zu. Pflegerinnen und Pfleger sollten flexibler als bisher zwischen den Berufsfeldern wechseln können. Um den Beruf generell für Männer und Frauen attraktiver zu gestalten, sollte allerdings auch über eine angemessenere Bezahlung für eine körperlich und seelisch kräftezehrende Arbeit diskutiert werden.

Ein Zeitrahmen für die Umsetzung der Vorhaben ist dem Papier nicht zu entnehmen. Solange zudem keine konkreten Arbeitsschritte erkennbar sind, ist und bleibt die gemeinsame Erklärung nur heiße Luft.

SPD fordert paritätische Finanzierung in der GKV

Die Debatte zur Großen Anfrage „Einführung einer Kopfprämie in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (Dr. 17/865) und zum Antrag „Paritätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen“ (Dr. 17/879) der Fraktion der SPD



Am Donnerstag, dem 27.01.2011 gab es einen hitzigen Schlagabtausch zwischen GesundheitspolitikerInnen der schwarz-gelben Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion. Von Anfang an war deutlich, dass die Grundsätze der Regierungskoalition und der SPD sich unversöhnlich gegenüberstehen.

In meinen Ausführungen zur gesundheitspolitischen Position der SPD-Bundestagsfraktion bin ich insbesondere auf den sozialpolitischen Kontext eingegangen, in dem die Gesundheitspolitik à la Rösler und Merkel steht.

Zukünftige Ausgabensteigerungen für ArbeitnehmerInnen stehen Entlastungen für Hoteliers, ErbInnen und ArbeitgeberInnen entgegen. Das, was Schwarz-Gelb an Entlastungen proklamiert, kommt bei den BürgerInnen mit geringem Einkommen nicht an. NiedrigverdienerInnen, RentnerInnen und auch EmpfängerInnen von ALG II tragen künftig deutlich mehr Gesundheitskosten selbst, ohne dass ihnen die angekündigten Steuererleichterungen zugutekommen könnten.

Ich finde, dass das eine bewusste Täuschung ist. Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung zeigt eindeutig, dass die Planungen von Schwarz-Gelb weder gerecht noch sozial sind.

Die SPD bietet mit ihrem Antrag zur paritätischen Finanzierung eine klare Alternative im Interesse der BürgerInnen. Wir stehen gemeinsam für die paritätische, solidarische Finanzierung des Lebensrisikos Krankheit. Dabei wollen wir die ArbeitgeberInnen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, weil wir der Meinung sind, dass die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung einer der Grundpfeiler eines solidarisch verfassten Gemeinwesens ist. Wir brauchen dieses gerechte System für einen gerecht finanzierten Sozialstaat, für eine soziale Marktwirtschaft. Die Umverteilung von oben nach unten, wie von Schwarz-Gelb in vielen Einzelschritten geplant und umgesetzt, bedeutet Zweiklassenmedizin, Vorkasse und Verunsicherung der BürgerInnen.

Gemeinsam mit meinen KollegInnen in der SPD-Bundestagsfraktion und im Parteivorstand arbeiten wir daran, ein solides und durchgerechnetes Konzept der Bürgersozialversicherung vorzulegen.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

Die Eckpfeiler sind klar, sie werden in einer bundesweiten Kampagne ab dem 05. Februar an Infoständen, auf Diskussionsveranstaltungen und in vielen weiteren Aktionen vorgestellt. Die schwarz-gelbe Regierung dagegen flüchtet sich in der Beantwortung unserer Großen Anfrage, auf die wir immerhin 7 Monate warten mussten, ins Ungefähre: „Längerfristige Prognosen werden von der Bundesregierung im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung insbesondere aufgrund der spezifischen Unsicherheiten im Ausgabenbereich nicht erstellt.“

Das heißt, Daten und Prognosen werden vorsichtshalber nicht erstellt, weil aus ihnen die unsoziale und ungerechte Dimension sofort abzulesen wäre.

■ Arbeitsmarktpolitik

Verhandlungsrunde zur Neugestaltung von Hartz IV



Die schwarz-gelbe Regierung war in der vergangenen Verhandlungsrunde des Vermittlungsausschusses zur Neugestaltung des SGB II noch nicht in der Lage, die notwendigen

Verbesserungen bei den Regelsätzen und bei der Zeit- und Leiharbeit voranzubringen. Dennoch sind wir nach hartem Druck in einem wichtigen Punkt zugunsten der SPD weiter gekommen: Wir haben uns durchgesetzt mit unserer Forderung, dass die Kommunen das Bildungspaket in eigener Regie umsetzen, mit voller Erstattung der Leistungen durch den Bund, einschließlich einer Verwaltungskostenpauschale. Das ist ein Durchbruch bei den geplanten Bildungshilfen für die über 2,1 Millionen Kinder von Langzeitarbeitslosen. Wir werden jetzt schnell auf die kommunalen Spitzenverbände zugehen, um die Umsetzung dieser Beschlüsse konkret zu besprechen.

Bei den unzureichenden Regelsätzen für Langzeitarbeitslose gibt Schwarz-Gelb immer noch keine klare Antwort auf unsere Vorschläge.

Unverzichtbar bleiben für uns auch konkrete Fortschritte beim Mindestlohn in der Zeit- und Leiharbeit laut der Maxime „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Hier ist die schwarz-gelbe Regierung bislang nicht entscheidungsfähig. Die Verhandlungen verzögern sich, weil die Koalitionäre untereinander nicht einig sind. Wir werden weiter Druck machen für die arbeitsmarkt- und sozialpolitisch notwendigen Fortschritte bei leistungsgerechten Löhnen. Die Fortsetzung der Verhandlungen erfolgt am 6. Februar.

Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche

Die schwarz-gelbe Bundesregierung lehnt einen Mindestlohn in der Weiterbildung ab. Und das, obwohl eine tarifliche Einigung der Branche vorliegt, es keinerlei Widerstand gegen diesen Tarifvertrag und auch keinen konkurrierenden Tarifvertrag gibt. Sogar die Bundesagentur für Arbeit hat bereits mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung gerechnet und ihre Ausschreibungsbedingungen entsprechend angepasst. Wir fordern, dem Antrag der tarifschließenden Parteien von Mai 2009 zu entsprechen und eine Rechtsverordnung über das Mindestentgelt für die nach SGB II und SGB III geförderte Weiterbildung noch in diesem Jahr zu erlassen. Mit einer Rechtsverordnung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz würden insbesondere „Hungerlöhne“ beseitigt und zunächst eine „Mindestlohnbasis“ für die Beschäftigten in der geförderten Weiterbildung nach SGB II und III geschaffen. Nur so kann ein hohes Qualitätsniveau gerade bei der arbeitsmarktpolitisch motivierten Aus-, Fort- und Weiterbildung sichergestellt werden.



Arbeitnehmerfreizügigkeit stärken



Europa rückt zusammen: Ab Mai greift die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dann haben auch alle Menschen aus den neuen EU-Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas die Freiheit, in jedem Land der EU mit gleichen Rechten und Pflichten zu leben und zu arbeiten. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (Drs. 17/4530) Maßnahmen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Sieben Jahre nach ihrem Beitritt zur Europäischen Union greift zum 1. Mai 2011 für acht mittel- und osteuropäische Länder die so genannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. ArbeitnehmerInnen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn haben dann das uneingeschränkte Recht, auch in Deutschland zu arbeiten und zu leben. Bulgarien und Rumänien folgen Anfang 2014. Diese Freiheit bietet große Chancen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa. Aber sie muss politisch begleitet werden, um allen ArbeitnehmerInnen in Deutschland Schutz und Sicherheit zu bieten.

Die SPD-Fraktion fordert weiterhin konkrete Regelungen in den Bereichen Arbeitsbedingung und Entlohnung, Kontrolle, Mitbestimmung sowie Information und Beratung,

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

um die Voraussetzungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 zu schaffen. Um einer Ausweitung von unsicherer Beschäftigung und Niedriglöhnen vorzubeugen, muss die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt werden. Das ist auch deshalb besonders wichtig, um Lohn- und Sozialdumping vor allem in der grenzüberschreitenden Leiharbeit zu verhindern.

Des Weiteren fordern wir den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Alle Branchen müssen zudem in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden, damit Mindestlohntarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Dies ist auch mit der Forderung verbunden, besser zu kontrollieren, ob beispielsweise Tarifverträge in Branchen eingehalten werden, die in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen wurden. Betriebsräte sollen ein Mitbestimmungsrecht bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen von entsandten ArbeitnehmerInnen erhalten.

■ Aus dem Bundestag

Fehlleistungen zu Guttenbergs

Ob es der Todessturz einer Kadettin aus der Takelage der „Gorch Fock“ im November 2010, der Tod eines Hauptgefreiten in Afghanistan durch einen Kopfschuss aus der Pistole eines Kameraden im Dezember, geöffnete Feldpostbriefe von Soldatinnen und Soldaten oder der Umbau der Bundeswehr ist – der öffentlich gelebte Aktionismus des CSU-Verteidigungsministers wirft immer mehr Fragen auf. Wie lange ist dieser Verteidigungsminister noch tragbar?



Chaotisierung der Bundeswehrreform



Der Bundesregierung muss bewusst sein, dass zu Guttenberg nicht dazu beiträgt, eine stetige und Vertrauen schaffende Politik zu entwickeln. Das zeigt nicht

zuletzt der zutiefst unseriöse Umgang mit der Frage der Finanzierung der Bundeswehr. Die Zukunft der Bundeswehrstandorte ist völlig offen und ungewiss. Die Reform wurde erst mit einem Sparbeitrag von 8,3 Milliarden Euro begründet.

Inzwischen will zu Guttenberg gar nicht mehr sparen und fordert jetzt sogar laut Medienberichten bis zu 1,2 Milliarden Euro mehr, um die Reform umzusetzen. Der CSU-Verteidigungsminister verunsichert die BürgerInnen ebenso wie die Truppe. Sein Verhalten schadet der Konsensbildung in den äußerst sensiblen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Entschädigungsleistungen für Opfer des Nationalsozialismus

Seit geraumer Zeit hat die SPD-Bundestagsfraktion an einer breit getragenen Parlamentsinitiative gearbeitet. Gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ist es nun gelungen, eine gemeinsame Initiative zu erarbeiten. Der nun vorliegende Antrag ist auf Ebene der Bundesregierung auch mit dem federführenden BMF abgestimmt. Er beinhaltet eine materielle Verbesserung für die Opfer und bezeugt ihnen die volle Achtung und das Mitgefühl des Deutschen Bundestages. Mehr als 350.000 Menschen wurden aufgrund des menschenverachtenden „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ aus dem Jahr 1933 zwangsweise sterilisiert. Bis zu 6.000 Frauen und ungefähr 600 Männer starben an den Folgen des Eingriffs. Über 200.000 Menschen wurden im Rahmen so genannter „Euthanasie“-Maßnahmen ermordet.

Nach den jetzt gültigen Richtlinien können Zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Geschädigte einmalige Beihilfen in Höhe von 2.556,46 Euro erhalten. Zusätzlich können an Zwangssterilisierte laufende monatliche Leistungen in Höhe von 120 Euro gezahlt werden. Für Opfer der Zwangssterilisierung und Opfer von „Euthanasie“-Maßnahmen kommen im Falle einer Notlage ergänzende laufende Leistungen in Betracht.

Die vier Fraktionen fordern jetzt mit ihrem Antrag die Bundesregierung auf, die laufenden monatlichen Leistungen für Zwangssterilisierte nach den Richtlinien der Bundesregierung über Härteleistungen an Opfer von nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen im Rahmen des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes von 120 auf 291 Euro ab dem 1. Januar 2011 zu erhöhen. Die Regelung für Zwangssterilisierte soll auch auf die Opfer von „Euthanasie“-Maßnahmen erstreckt werden.



■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ **Außenpolitik**

Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr



Am 28. Januar hat der Bundestag die Verlängerung des deutschen Bundeswehreininsatzes im Rahmen der VN-mandatierten ISAF-Mission in Afghanistan beschlossen.

Ich habe mich bei meiner Stimmabgabe für „Enthaltung“ entschieden.

Ich will mich nicht gegen die Mehrheit meiner Fraktion stellen, die dem Antrag der Bundesregierung zustimmen wird. Zugleich kann ich aber auch dem Antrag der Bundesregierung so nicht zustimmen.

Der den Abgeordneten des Deutschen Bundestages vorgelegte Mandatstext lässt daran zweifeln, dass die Bundesregierung es mit der Durchsetzung des beschlossenen Strategiewechsels wirklich ernst meint. Es gibt keine eindeutige Festlegung darauf, mit dem Abzug in 2011 zu beginnen. Vielmehr ist sie „zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit dies die Lage erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit der Übergabeprozesse zu gefährden“.

Die Bundesregierung verfolgt hinsichtlich des Auslandseinsatzes in Afghanistan keine konsistente Strategie und keine einheitliche Zielstellung, wie die Auseinandersetzung um die Interpretation des Mandatstextes durch Außenminister Westerwelle und Verteidigungsminister zu Guttenberg verdeutlicht. Gilt das Primat der Politik über das Militärische oder das Primat des Militärischen zu Lasten politischer und ziviler Konfliktlösungsstrategien? Das Primat der Politik sehe ich auch gefährdet durch die von Entwicklungsminister Niebel initiierte Verzahnung von Militär und Entwicklungshilfe. Damit wird der neutrale Status der EntwicklungshelferInnen gefährdet und das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in einen zivilen (Wieder-)aufbau untergraben.

Ich habe dem seit mittlerweile neun Jahren andauernden Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auf der Grundlage von Beschlüssen des VN-Sicherheitsrates im Rahmen der internationalen Missionen in Afghanistan bislang jedes Mal zugestimmt.

Am 26. Februar 2010 ausdrücklich auch in Anerkennung des durch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten initiierten und auf der Londoner Afghanistan-Konferenz Ende Januar 2010 durch die internationale Staatengemeinschaft beschlossenen Neuansatzes „Übergabe in Verantwortung“.

Auf der Basis dieses nunmehr international anerkannten Strategiewechsels werden die Hilfen zum Wiederaufbau und zum zivilen Engagement verdoppelt, Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbildung von Polizei und Militär ebenso wie Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption, des Ausbaus des Gesundheitswesens sowie der Rechtsstaatlichkeit gestärkt. Damit werden die Voraussetzungen für einen Abzug der Bundeswehr in 2011 und eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung 2014 geschaffen.

Die vielfältigen Konflikte in Afghanistan und in den Anrainerstaaten können nur politisch und nicht militärisch gelöst werden. Militärische Interventionen und damit auch die Anwesenheit der Bundeswehr müssen dem Primat der Politik unterstehen und keinesfalls umgekehrt. Darauf verweist der von der Bundesregierung vorgelegte „Fortschrittsbericht Afghanistan“. Darauf verweisen aber insbesondere auch die von der SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Entschließungsantrag erhobenen Forderungen an die CDU/CSU/FDP-geführte Bundesregierung zum beschlossenen Strategiewechsel und dem damit verbundenen Zeitplan. Diesem Antrag stimme ich zu.

Die deutsche Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jede Soldatin, jeder Soldat braucht insbesondere bei Auslandseinsätzen politische, moralische und auch finanziell ausreichende Unterstützung zur Gewährung bestmöglicher Sicherheit. Ich bin nach wie vor bereit, diese zu geben. Frieden ist aber mehr als die Abwesenheit von Krieg.

Ich schließe mich der Aussage des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Frank-Walter Steinmeier an, dass die CDU/CSU und FDP-geführte Regierung nicht mehr mit der Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion für eine deutsche Beteiligung an der Internationalen Schutztruppe (ISAF) 2012 rechnen kann, wenn sie den Prozess des international vereinbarten Strategiewechsels verlässt.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

Strategie für die zivile Krisenprävention

Mit unserem Antrag „Deutschland braucht eine kohärente Strategie für die zivile Krisenprävention“ (Drs. 17/4532) schlagen wir wirkungsvolle Maßnahmen vor, um zivile Krisenprävention strategischer und effektiver betreiben zu können. Die zivile Prävention hat in den zurückliegenden Jahren weltweit an Bedeutung gewonnen. Sie ist ein wesentliches Handlungsfeld deutscher und europäischer Außen- und Friedenspolitik. Das Ziel ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ist es, unter allen Umständen zu vermeiden, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Sie unterstützt Formen des friedlichen Miteinanders und die Suche nach gewaltfreien Auswegen aus Konflikten. Sie versucht die Konflikte so zu beeinflussen, dass ein gewaltfreies Miteinander erreicht wird. Gleichzeitig sollen Anreize zur Anwendung von Gewalt verringert werden. Zivile Krisenprävention baut auf ein breit angelegtes Konzept auf und begegnet den komplexen Ursachen für die Entstehung und Entfaltung einer Krise mit differenzierten und maßgeschneiderten Ansätzen.



■ Aus Berlin

Gedenkfeier für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen



Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Der Jahrestag der Auschwitz-Befreiung ist der Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus.

Aus diesem Anlass luden

der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) und die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu einer Gedenkfeier am Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin-Tiergarten ein. Der Veranstaltung wohnten auch Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses bei.

Bereits kurz nach der Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei wurden im März 1933 in Berlin alle schwulen und lesbischen Kneipen geschlossen. In den nationalsozialistischen Köpfen galt Homosexualität als eine „widernatürliche Veranlagung“, die als „Seuche“ auszurotten sei. Dementsprechend setzte im Herbst 1934 die

systematische Verfolgung homosexueller Männer ein. Über 100.000 Männer wurden polizeilich erfasst, rund 50.000 verurteilt. Etwa 10.000 schwule Männer wurden in Konzentrationslager verschleppt, mit dem „Rosa Winkel“ erniedrigt und gefoltert. Viele von ihnen fanden den Tod. Auch viele lesbische Frauen wurden erniedrigt und umgebracht.

Am Ende der Veranstaltung wurde ein von mir gespendeter Kranz am Denkmal niedergelegt.

Pro Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz – Kontra Rassismus und Ausgrenzung

In Berlin versucht sich die extreme Rechte mit Rekurs auf Meinungsfreiheit mit Slogans gegen islamische „Überfremdung“, multikulturelle Gesellschaft und Integration zu profilieren. Daher dürfen wir die rechtspopulistische Gefahr nicht unterschätzen. Ich gehe aber davon aus, dass bei den Wahlen im September die rechten Parteien nicht ins Berliner Abgeordnetenhaus einziehen werden. Um die Gefahren von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Berlin näher zu beleuchten, lud die Friedrich-Ebert-Stiftung am 26. Januar zu einer Podiumsdiskussion. Im Podium waren der Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler, der SPD-Abgeordnete Raed Saleh, der Stv. Landesbezirksleiter von ver.di Roland Tremper, der Sprecher des Berliner Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen!“ Dirk Stegemann und ich als Mitglied der AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ vertreten.



Laut einer Studie der FES finden sich rechtsextreme Einstellungsmuster in weiten Teilen der Bevölkerung. Sie bestehen bis zu einem Drittel aus diktaturbejahenden, chauvinistischen, ausländerfeindlichen, antisemitischen und sozialdarwinistischen Ansichten. Rechtsextremismus ist leider kein Randphänomen mehr.

Die Folgen der verfehlten Sarrazin-Debatte

Thilo Sarrazin hat durch seine Buchvorstellung erheblich dazu beigetragen, dass islamfeindliche und rassistische Haltungen in den letzten Monaten teilweise „salonfähig“ gemacht wurden. Daher betone ich, dass die Thesen von Thilo Sarrazin nicht mit meinem sozialdemokratischen Menschenbild vereinbar sind. Seine systematische Diffamierungen von Migrantinnen und Migranten und das Schüren des Angstbilds einer bedrohlichen „Islamisierung“ sind ein gezielter Angriff auf das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen. Ich unterstütze deshalb das Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

Für mehr zivilgesellschaftliche Bündnisse

Die SPD wird weiterhin für ein solidarisches Miteinander in Berlin kämpfen. Auch auf dem Podium war man sich dahingehend einig. Denn ob Rassismus und Rechtspopulismus sich ausbreiten und als politische Meinung eine Chance haben können, hängt davon ab, wie stark sich die demokratischen Kräfte dagegen zur Wehr setzen. Deswegen sind breite zivilgesellschaftliche Bündnisse aus Parteien, Gewerkschaften, MigrantenInnenorganisationen, Initiativen und Vereinen notwendig.



„Politik kann dazu beitragen, dass diese Welt ein Stück menschlicher wird“ (Johannes Rau)



Am 16. Januar 2011 wäre Johannes Rau achtzig Jahre alt geworden. Anlässlich dieses Tages veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung

Berlin in Anwesenheit von Christina Rau und ihren Töchtern, Frank-Walter Steinmeier, Hannelore Kraft und Klaus Wowereit am 24. Januar eine Gedenkveranstaltung für den großen Sozialdemokraten.

Johannes Rau war Bundespräsident, Ministerpräsident, Oberbürgermeister, Journalist und Verleger. Vor allem aber war er ein geradliniger und volksnaher Mensch, der durch seinen christlichen Glauben tief geprägt war.

Versöhnen statt spalten

Ehrliche und tiefempfundene Freundschaft war der Kern der Botschaft, welches in der würdigen Rede von Prof. Władysław Bartoszewski, dem ehemaligen Außenminister Polens, und der Videobotschaft von Shimon Peres, Friedensnobelpreisträger und seit 2007 Staatspräsident Israels, sehr deutlich wurde. Beide verwiesen auf den Willen und die Kraft von Johannes Rau zur Völkerverständigung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit dem Verweis auf seine Berliner Rede „Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben“ bekräftigte der langjährige Wegbegleiter und Freund Hans-

Jochen Vogel diese Haltung des damaligen Bundespräsidenten.

Darüber hinaus habe kein Ereignis Johannes Rau so berührt und beschäftigt wie die Brandanschläge auf ein türkisches Zweifamilienhaus in Solingen 1993. Als damaliger nordrhein-westfälischer Ministerpräsident sei Johannes Rau nach den Anschlägen der erste Politiker gewesen, der nach Solingen gekommen sei. Die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas sei seinen christlichen Prinzipien zu Folge ein schwerer Verstoß gegen Gottes Gebot und gegen die Menschenwürde.

Anlässlich des Jubiläums wurde das neu erschienene Buch „Johannes Rau. Ein Politikerleben in Briefen, Reden und Bildern“ präsentiert. An Johannes Rau wird künftig auch durch ein Johannes-Rau-Stipendium gedacht.

Klausurtagung der Berliner SPD-Fraktion

Vom 21. bis 23. Januar fuhr die Berliner SPD-Fraktion zu ihrer Klausurtagung. Diese fand in diesem Jahr in Dresden statt. An ihr nahmen traditionellerweise auch die Berliner Bundestagsabgeordneten teil. Neben einem umfangreichen Arbeitsprogramm im Wahljahr 2011 wurde die Resolution „Berlin - Stadt der Familien“ verabschiedet.



Kein Kind darf verloren gehen

Der Berliner evangelische Bischof Markus Dröge verwies eindringlich darauf, dass Familie und Armut heutzutage in vielschichtiger Gestalt auftreten würden. Daher seien individuelle und komplexe Lösungen notwendig. Ein menschenwürdiges Leben müsse Priorität bei den Strategien gegen Armut und Ausgrenzung sein. Unabdingbar sei die gerechte Verteilung von Ressourcen, damit der einzelne Mensch befähigt werde, seine eigenen Gaben zu entfalten.

Berlin - Stadt der Familien

Dementsprechend bekräftigte die SPD-Fraktion mit der Verabschiedung der Resolution „Berlin- Stadt der Familien“ erneut, dass die Vielfalt der Familienformen differenzierter Unterstützungsangebote bedürfe. Familien und insbesondere Alleinerziehende sollen stärkere Unterstützung erhalten. In diesem Rahmen will die SPD vielfältige Maßnahmen umsetzen. Allem voran geht es um den Ausbau und Stärkung der familienunterstützenden Institutionen sowie Kita und Schulen zu ganztägigen Angeboten. Somit können diese auch als Familienzentren fungieren und den Eltern kompetent Bildungs- und Beratungs-

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

angebote vermitteln. Den Kindern und Jugendlichen werden gerade in den Nachmittagsstunden Angebote ermöglicht, zu denen sich viele Familien häufig nicht in der Lage sehen. Auch an den weiterführenden Schulen soll ein subventioniertes Mittagessen angeboten werden, das es bereits an Ganztagsgrundschulen für 23 Euro im Monat gibt. Zudem will die SPD die Betreuungslücke an Horten für die 5. und 6. Klassen schließen.

Maßnahmen für Berlin

Die 54-köpfige SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus beabsichtigt vor der Wahl am 18. September noch mehrere Gesetze zu verabschieden. Neben Anträgen zum Fachkräftemangel und zur energetischen Sanierung bzw. zur Finanzierung der Krankenhäuser, liegt ein Gesamtkonzept zur Eindämmung von Spielhallen und Spielsucht vor. Damit sollen gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden, die Anzahl der Spielhallen sowie der Spielgeräte in Gaststätten zu regulieren. Desweiteren liegt ein Artikelgesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention, welches auf einem derzeit vom Senat erarbeiteten Aktions- und Maßnahmenkatalogs beruht. Die Bekämpfung von Spielsucht bzw. die Schaffung eines inklusiven Gesundheitswesens sind auch für mich als Gesundheitspolitikerin auf Bundesebene von zentraler Bedeutung.

■ Terminhinweise

Sonntag, 30. Januar 2011

- **Internationaler Holocaustgedenktag: ERINNERUNG BRAUCHT EINEN ORT**

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert gedenkt jährlich mit einer Veranstaltung in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg der Opfer und ihrer Leiden. Dieses Jahr findet die Gedenkveranstaltung vor dem Haus Schwäbische Straße 25 in Schöneberg statt. Aus dem Haus sind ab 1942 achtundzwanzig jüdische Menschen deportiert worden. Die Hausgemeinschaft hat zu deren Gedenken eine Ehrentafel am Haus angebracht. Die Veranstaltung, zu der alle herzlich eingeladen sind, wird mit Worten der Zeitzeugin Rahel Mann begleitet.

13:00 Uhr

Schwäbische Straße 25, Berlin-Schöneberg

Mittwoch, 4. Februar

- **BürgerInnen-Sprechstunde**

14:00 – 18:00 Uhr

Wahlkreisbüro: Friedrich-Wilhelm-Straße 86

12099 Berlin-Tempelhof

(U-Bahnhof Kaiserin-Augusta-Str.)

Bitte unbedingt anmelden unter:

mechthild.rawert@wk.bundestag.de oder telefonisch unter: 72 01 38 84. Danke.

- **Infoveranstaltung zur Bürgerversicherung**

Mechthild Rawert informiert auf der Abteilungsverammlung der SPD Mariendorf über die aktuelle Kampagne „Gesundheit für Alle“ der SPD zur Bürgerversicherung.

19.30 – 21.00 Uhr

Seniorenfreizeitstätte Sorgenfrei

Markgafenstr. 10, 12105 Berlin-Mariendorf

Samstag, 5. Februar

- **Infostände zur Kampagne „Gesundheit für Alle“**

vormittags

in Tempelhof-Schöneberg

Weitere Termin-Infos unter:

www.mechthild-rawert.de/date-browser

oder über das Wahlkreisbüro, Tel. 720 13 884.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

